

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.
Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen



Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 30 / Oktober 2010

ISSN 1439-2011

Neue Wege aus der Gewalt

Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland

Beiträge zur BSV-Jahrestagung 2010

Bund für Soziale Verteidigung e.V.
Schwarzer Weg 8
32423 Minden, Germany
Tel.: +49 571 29456
Fax: +49 571 23019
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:
Sparkasse Minden-Lübbecke
BLZ 490 501 01
Konto 89 420 814
IBAN DE73 490501010089 420814
Swift-Code WELADED1MIN

Der BSV ist Mitglied dieser Organisationen:
European Network for Civil Peace Services
Forum Crisis Prevention
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskooperative
Nonviolent Peaceforce
Plattform Zivile Konfliktbearbeitung

Inhaltsverzeichnis:

Vorwort	S. 5
Bernd Rieche: Eine Annäherung an den Begriff der Zivilen Konfliktbearbeitung im Inland	S. 7
Julia A. Jäger: Gewaltprävention und Bildungsarbeit als Beitrag zur Zivilen Konfliktbearbeitung im Inland	S. 9
Renate Wanie: Erfahrungen mit Ziviler Konfliktbearbeitung in der friedenspolitischen Bildungs- arbeit und politischen Arbeit	S. 11
Outi Arajärvi: Zivile Konfliktbearbeitung – Beruhigungsspiel oder Empowerment?	S. 17
Philippe Sufryd: Ziviler Friedensdienst in Deutschland. Zur Beratungsarbeit des <i>forumZFD</i> in deutschen Kommunen	S. 19
Maria Baumeister: Schule ohne Bundeswehr	S. 21
Robin Kendon: Rechtsextremismus – eine Herausforderung für die Demokratie?	S. 25
Bernhard Nolz: Soziales Verteidigen in der Krise des Neoliberalismus	S. 29
BSV-Literatur	S. 35
Impressum	S. 36

Vorwort

Björn Kunter

Vor 15 Jahren startete der BSV die Kampagne „Wege aus der Gewalt – 1000 Menschen lernen gewaltfreies Handeln“ Mit einer Vielzahl von Trainings und Publikationen war der BSV damals ein Pionier der Gewaltprävention und das dazugehörige Trainingshandbuch für MultiplikatorInnen in der Jugendarbeit von Heike Blum und Detlef Beck ist auch nach 10 Jahren (in zweiter Auflage) gefragt.

Heute lernen Zehntausende Grundlagen der Zivilen Konfliktbearbeitung. Hunderte von Projekten in Schulen und Stadtteilen sind entstanden. Offensichtlich treffen Gewaltprävention, Vermittlung in Konflikten (Mediation), Abbau von Vorurteilen, Förderung von Demokratie und partizipativer Konfliktaustragung, Friedenspädagogik und vieles mehr auch heute noch den Bedarf der Menschen in Deutschland.

Können wir somit von einem Erfolg unserer Arbeit sprechen und uns als BSV aus der Projektarbeit zurückziehen, wie wir es zum Beispiel im Bereich der Streitschlichtung an Schulen weitgehend getan haben? Oder braucht es neuer Wege aus der Gewalt, die wir initiieren und kritisch begleiten sollten? Die hier dokumentierten Beiträge der Jahrestagung, die vom 19. – 21. März 2010 in Wittenberg stattfand, repräsentieren die entstandene Vielfalt der Projekte und Ansätze und je nach Bereich fällt die Antwort dieser Frage unterschiedlich aus. Allen gemein ist jedoch, dass übergreifend noch großer Bedarf gesehen wird. Auffallend ist auch, dass zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) oder konstruktive Konflikttransformation sich nicht als eigenständiger Ansatz in Deutschland etabliert hat. Stattdessen infiltriert und beeinflusst ZKB die bestehenden Teilsysteme von der Schule über soziale Einrichtungen bis hin zur Polizei. Umgekehrt beeinflussen die Regeln, Gepflogenheiten und Machtverhältnisse in den Teilsystemen aber auch die Art der Umsetzung der ZKB. Selbst in Bereichen wie der Gewaltprävention, in der die ZKB-eigenen Ansätze die Grundlage der Arbeit bilden, wurden diese, so Julia Jäger in diesem Band, derart angepasst, dass die ZKB-Grundsätze kaum noch eine Rolle spielen. Hier bräuchte es eine „Rückbesinnung zu den Ursprüngen“, wie sie zeitgleich auch in der internationalen Zivilen Konfliktbearbeitung gefordert wird.

Auch in der Schule, so zumindest die Berichte von Maria Baumeister und Bernhard Nolz, sah es schon einmal besser aus. Erfolgt mit den zunehmenden Kooperationsverträgen zwischen Schulträgern und Bundeswehr und der damit verfolgten Rekrutierung ein Back-lash zur Neutralisierung der durch Streitschlichtungsprogramme und Konflikttrainings pazifizierte SchülerInnen? Entscheidend ist, so die vorsichtige Quintessenz der Tagung, was nach der quantitativen Ausweitung der konstruktiven Konfliktbearbeitung in die gesellschaftlichen Teilsysteme hinein qualitativ übrig bleibt. Die Dilemmata dieser praktischen Arbeit lassen sich beispielhaft dort beobachten, wo diese Ausdehnung erst am Anfang steht. So wurde in der Diskussion des Zivilen Friedensdienstes in Deutschland (siehe Beitrag von Philippe Sufryd) deutlich, wie sehr die Perspektive des Auftraggebers die Konfliktarbeit beeinflussen kann, sogar dann, wenn die Fachansätze von FriedensarbeiterInnen selbst angewendet und nicht an systeminterne Angestellte delegiert werden.

Wie ZKB nicht nur ein Mittel der „Beruhigung“ darstellen sondern zu einem Mittel der Stärkung der Beherrschten werden und so zur Transformation des Systems beitragen kann, wird in diesem Band von Outi Arajärvi anhand der Frage der Bürgerbeteiligung angesprochen ohne jedoch zu einer bereichsübergreifenden Antwort zu kommen.¹ Eine Teilantwort hierauf

¹ Der Versuch einer bereichsübergreifenden Antwort findet sich in Arajärvi, Outi/Kunter, Björn (Hrsg.): Konfliktbearbeitung in der Nachbarschaft. Sieben Praxisbeispiele für ein friedliches Miteinander aus Deutschland, der Slowakei, den Niederlanden und Frankreich, Arbeitshilfe Nr. 39, Verlag Stiftung MITARBEIT in Kooperation mit Bund für Soziale Verteidigung, Bonn 2008.

gibt auch Robin Kendons Beschreibung der Mobilen Beratungsteams in Brandenburg, wenn er betont, dass es nicht ausreicht „gegen Rechtsextremismus“ zu sein, sondern positive Werte, in diesem Fall die Demokratie, in den Mittelpunkt zu stellen und deren aktive Gestaltung zu stärken. In allen Bereichen gilt es auch in Zukunft sorgfältig zu beobachten und selbstkritisch zu reflektieren, ob und unter welchen Abstrichen die theoretischen Ansprüche der konstruktiven Konfliktarbeit in der Praxis auch umgesetzt werden. Diese Ergebnisse dürften dann auch Anstöße für die Weiterentwicklung der internationalen ZKB geben.

Die Frage, inwiefern sich umgekehrt die Erfahrungen aus der internationalen Arbeit tatsächlich auf die Arbeit im Inland anwenden lassen, wurde auf der Tagung nicht explizit gestellt. Solche Effekte wurden als gegeben angenommen, vermutet oder ganz ignoriert. Auffallend ist jedoch, dass die Begrifflichkeiten kaum kompatibel sind. So wurde der Untertitel „Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland“ fast von allen ReferentInnen des Eingangspodiums in Frage gestellt. Zu sperrig, zu unverständlich und in der Abgrenzung „zivil-unzivil“ nicht hilfreich. Auch in den praxisbezogenen Arbeitsgruppen wurde der Begriff allenfalls höflich ignoriert. Sinnvoller sei es z.B. von konstruktiver Konfliktbearbeitung (KKB) zu sprechen.

Hilfreich war in diesem Zusammenhang der Beitrag von Renate Wanie, in dem sie dem Kern der „ZKB“ (oder konstruktiven Konfliktbearbeitung) auf den Grund geht und aufzeigt, wie sowohl Deeskalation als auch Eskalation notwendig sind, um die drei Grundbedingungen der konstruktiven Konfliktaustragung: „Interessenausgleich, Dialog und Machtgleichgewicht“ zu erreichen.

Abschließend lässt sich somit auch die Eingangsfrage nach der Rolle des Bundes für Soziale Verteidigung beantworten. Auf der Suche nach Neuen Wegen aus der Gewalt im Inland ist der BSV weiterhin gefragt, seine bundesweite und Sektoren übergreifende Kompetenz zu nutzen, um die Umsetzung der Konstruktiven Konfliktbearbeitung kritisch und umsichtig zu begleiten. Sei es durch die Organisation der Streitschlichtungskongresse oder durch Publikationen und Tagungen, in denen wir die Akteure aus den verschiedenen Konfliktpraxen zusammenbringen. Die Vielfalt der „Wege aus der Gewalt“ ist inzwischen so groß geworden, dass kein Einzelner, auch der BSV nicht, diese noch überblicken kann. Angesichts dessen können wir aller Kritik im Einzelnen zum Trotz durchaus darauf vertrauen, dass sich hieraus eine grundlegende Pazifizierung der Gesellschaft aufbauen lässt und den neuen Generationen zutrauen, ihre eigenen Wege aus der Gewalt zu finden.

Björn Kunter ist Geschäftsführer beim Bund für Soziale Verteidigung und Mitherausgeber des Buches „Konfliktbearbeitung in der Nachbarschaft“.

Eine Annäherung an den Begriff der Zivilen Konfliktbearbeitung im Inland

Bernd Rieche

Über Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) wird unter diesem Begriff seit den 1990er Jahren gesprochen. Der Begriff entstand angesichts des Endes der Ost-Westkonfrontation und neuer, oft bürgerkriegsähnlicher, bewaffneter Konflikte wie im ehemaligen Jugoslawien. Es bewegte die Frage, was an nicht-militärischen Interventionen unter den neuen Bedingungen möglich ist. Antworten waren Friedensdienste wie das Balkan Peace Team. Methoden und Ansätze sind, unter anderen Begriffen, älter. Erwähnt werden sollen die gewaltfreien Aktionen, Menschenrechtsbegleitung durch Peace Brigades International, aber auch die Konzepte der Sozialen Verteidigung. In dieser Zeit entstanden auch erste Qualifizierungskurse in gewaltfreiem Handeln, sei es die AG Qualifizierung in NRW, unter Beteiligung von AGDF, *forumZFD*, BSV, KURVE Wustrow und dem Ökumenischen Dienst oder Kurse der Kirche, wie in Ostdeutschland „In Konflikten vermitteln – zum Frieden erziehen“, der mir selbst das erste Mal Gelegenheit gab, mich intensiv mit gewaltfreien Methoden auseinander zu setzen. Aus diesen Anfängen haben sich die Angebote der Qualifizierungskurse in ziviler, gewaltfreier Konfliktbearbeitung des Qualifizierungsverbundes „Gewaltfreie Wege im Konflikt“ der AGDF und anderer herausgebildet.

Inzwischen werden Methoden der Zivilen Konfliktbearbeitung erfolgreich im Inland angewandt, wie z.B. die flächendeckende Verbreitung von Streitschlichtung an Schulen, die zunehmende gesetzliche Verankerung von Mediation oder die erfolgreiche Arbeit der Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus in Ostdeutschland.

Weiterhin wären Arbeitsgebiete wie Gemeinwesenarbeit, Aktionen gegen Rechtsextremismus, MigrantInnenarbeit, Menschenrechtsarbeit zu Asylfragen, Moderation von kommunalen Prozessen, Bündnissen z.B. Moscheebau in Köln etc. der ZKB im Inland zu rechnen.

Diese Szenen sind im Inland sehr zersplittert und stellen sich differenziert dar. Ein Austausch untereinander findet bisher erst zum Teil statt. Dies war Anlass, dass sich im Jahre 2005 in der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, die bis dahin vor allem die zivilgesellschaftlichen Akteure der ZKB im Ausland versammelt hatte, eine AG, zunächst unter dem Namen "Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland" bildete.

Das Grundlagenpapier der dann in ZKB im Inland umbenannten AG der Plattform beschreibt entsprechend: „Auch im Inland wenden zivilgesellschaftliche oder staatliche Akteure Methoden der gewaltfreien konstruktiven Konfliktbearbeitung an. Im Mittelpunkt steht die nachhaltige Bearbeitung sozialer Konflikte, mit dem Ziel unmittelbar Gewalt zu vermindern und langfristig den gewaltfreien Umgang mit Konflikten in Strukturen zu verankern.“

In der Arbeit der AG, zum Beispiel bei einer ersten Tagung zur ZKB in Deutschland 2006 in Bonn, zeigt sich, dass es lohnt die Ansätze und Erfahrung der verschiedenen Arbeitsfelder im Inland, aber auch mit denen im Ausland in ein fachliches Gespräch zu bringen. Der gemeinsame Erfahrungsaustausch an Fragen wie, „Was sind die Erfahrungen als interner oder externer Akteur?“ oder „Wann eskaliere ich eher parteilich?“ versus „Wann nehme ich eine allparteiliche oder deeskalierende Rolle ein?“ hilft, die eigene Arbeit zu reflektieren und zu schärfen sowie von den Erfahrungen der anderen zu profitieren. Konsens ist inzwischen, dass nicht nur allparteiliche, deeskalierende Ansätze der ZKB im Inland zu zurechnen sind, sondern auch parteiliche und (gewaltfrei) eskalierende, da es oft notwendig ist, der schwächeren Seite durch Parteinahme oder Empowerment die aktive Auseinandersetzung erst zu ermöglichen.

Gemeinsames Ziel ist es, die demokratische Kultur in Deutschland mit Hilfe der Methoden der ZKB in Richtung weniger Gewalt zu entwickeln. Hierbei erweist sich das föderale System in Deutschland als große Herausforderung. Die meisten Arbeitsfelder der ZKB sind staatlicherseits den Ressorts Kultus, Innen und Justiz zugeordnet. Entsprechend organisieren sich die meisten Netzwerke fachbezogen und auf Landesebene. Auf Bundesebene fehlt es daher bisher an geeigneter fachlicher Vernetzung- und politisch wirksamen Vertretungsstrukturen.

Letztlich ist auch die Begrifflichkeit der „ZKB im Inland“ weiter problematisch und zu diskutieren. „Zivil“ ist in der Verwendung im Inland schwierig, da eine Abgrenzung zum militärischen nicht notwendig ist und die Bedeutung „Zivilgesellschaftlich“ offen lässt, inwieweit staatliche Akteure, inkl. Polizei mitgemeint sind, da auch diese, z.B. unter dem Begriff der Gewaltprävention, Methoden der ZKB anwenden. Daher haben sich im kommunalen Kontext auch Begriffe wie konstruktive Konfliktbearbeitung oder friedliche Konfliktbearbeitung etabliert.

Letztlich ist die Verwendung eines solchen neuen Begriffes immer auch eine strategische Entscheidung, ob so neue gesellschaftliche Debatten gestartet werden und z.T. alte Anliegen neu ins Gespräch gebracht werden können.

So bleibt offen, ob ZKB ein Unter- oder Überbegriff oder ein Querschnittsthema ist, ebenso die Zuordnung oder Abgrenzung zu „Gewaltprävention“, „Demokratiebildung“ oder „politischer Arbeit“.

In jedem Fall ist "ZKB im Inland" als Arbeitstitel zur Vernetzung und gemeinsamen politischen Wirken verschiedener Szenen hin zu einem Mehr an konstruktiver, d.h. gewaltfreier, Streitkultur in unserer Gesellschaft tauglich.

Bernd Rieche ist Referent bei der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) mit Schwerpunkt Zivile Konfliktbearbeitung.

Gewaltprävention und Bildungsarbeit als Beitrag zur Zivilen Konfliktbearbeitung im Inland

Julia A. Jäger

Meine Erfahrungen mit Ziviler Konfliktbearbeitung (ZKB) im Inland liegen v. a. in den folgenden Bereichen:

- Gewaltprävention an Schulen – mit SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern, SchulsozialarbeiterInnen
- Gewaltprävention, auch allgemeiner Kriminalprävention, v. a. im Rahmen so genannter kommunaler kriminalpräventiver Gremien („Krimiräte“) in Rheinland-Pfalz
- Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie, v. a. für Jugendliche und MultiplikatorInnen

Diese Bereiche assoziieren „wir“ mit ZKB, bzw. diese Bereiche können aus der Konfliktbearbeitungsperspektive betrachtet werden. Jedoch erfahre ich häufig, dass diese Perspektive nicht eingenommen wird. Hierzu ein paar Beispiele:

Anfragen zur **Gewaltprävention in Schulen** erreichen mich v. a. dann, wenn ein Leidensdruck besteht und Gewalt vermindert oder vergangene Mobbingfälle aufgearbeitet werden sollen. Der Blick auf Konflikte steht dabei häufig nicht im Vordergrund, es geht eher um „Handlungsfähigkeit gegen Gewalt“ bzw. um das Ausmerzen gewaltförmiger Symptome. Auch Anfragen, individuell mit besonders aggressiven Schülern (und ich benutze hier absichtlich nicht die geschlechtsneutrale Form) zu arbeiten, weisen in diese Richtung. Wie wichtig jedoch auch hier eine Konfliktperspektive ist, offenbart sich dann nicht nur auf Klassenebene, sondern auch auf Schulebene, wo ein Moloch an unbearbeiteten, teils eingefrorenen Konflikten beispielsweise im Kollegium nicht selten ist.

Auf der **kommunalen Ebene** wird Gewalt meist aus der ordnungspolitischen Sicht betrachtet – die Ansiedlung der meisten kriminalpräventiven Gremien in Rheinland-Pfalz in Ordnungsämtern spricht da Bände. Die Polizei spielt in der Präventionsarbeit eine wesentliche und nach meiner Erfahrung häufig eine fachlich reflektierte und konstruktive Rolle – neben Jugend- und Bildungseinrichtungen, weiteren kommunalen und (zivil)gesellschaftlichen Akteuren. Der Blick der Gremien ist v. a. auf Jugendgewalt und Gewalt im öffentlichen Raum gerichtet. Andere Formen von Gewalt, beispielsweise in engen sozialen Beziehungen, spielen aus unterschiedlichen Gründen eine geringere Rolle, so sind im genannten Fall beispielsweise andere Netzwerke tätig. Die Verbindung der Felder fehlt folglich oft und wäre aber doch nötig – zeigt die Gewalt- und Aggressionsforschung doch, dass Jugendliche häufig gewalttätig werden, wenn sie selbst zu Hause Gewalt erfahren (haben). Weiterhin findet das Konzept der strukturellen Gewalt wenig Beachtung, und wenn, dann häufig zwar unter betroffener Zurkenntnisnahme aber dann mit Achselzucken in Anbetracht realer Handlungsmöglichkeiten. Letztlich ist eine Verbindung der „Krimiräte“ mit Akteuren aus der Friedens-/ ZKB-Szene eher selten.

Rechtsextremismus ist schließlich ein Handlungsfeld, in dem es häufig um ein „gegen“ geht und weniger darum, vorhandene Konflikte konstruktiv anzugehen. Meine Vermutung ist, dass gerade wegen des „eindeutigen“ Freund-Feind-Schemas die Arbeit „gegen Rechts“ auf ein relativ großes gesellschaftliches Mobilisierungspotential zugreifen kann. Möglichkeiten (z. B. auch Rechtsextreme haben Anliegen und Bedürfnisse) und Grenzen (z. B. der Allparteilichkeit) der ZKB-Perspektive finde ich in diesem Feld besonders spannend.

Folgende Fragen ergeben sich für mich bezüglich der **Begrifflichkeiten**:

Ist ZKB ein geeigneter Überbegriff? In den Bereichen, in denen ich tätig bin, dient hier eher „Gewaltprävention“: Er beinhaltet unterschiedliche Ansätze der primären, sekundären und tertiären Prävention, die auch Konzepte wie Konfliktbearbeitung und Deeskalation beherbergen. ZKB spielt dann innerhalb der Gewaltprävention eine wichtige, wenn auch nicht die alleinige Rolle– man denke beispielsweise an individualtherapeutische Ansätze zur Aggressionsminderung. (Hier kann zwar intraindividuelle Konfliktbearbeitung eine Rolle spielen, das Wort zivil ergibt dann aber noch weniger Sinn als im Inlandskontext sowieso schon.)

Trotzdem sehe ich auch den Begriff der Gewaltprävention kritisch, weil unter ihn häufig allgemeine soziale und politische Aktivitäten gefasst werden, die nicht die Vermeidung eines negativen Zustandes (der Gewalt) als Begründung bedürfen, sondern Werte an sich darstellen bzw. auch andere, positive Ziele verfolgen (z. B. die Förderung von Wohlbefinden und Entfaltungsmöglichkeiten). Was Zivile Konfliktbearbeitung angeht, so bevorzuge und verwende ich besonders im Inlandskontext ohnehin den Begriff der „Konstruktiven Konfliktbearbeitung“. Letztlich finde ich es allerdings wenig relevant, sich über Begrifflichkeiten zu streiten, es geht schließlich um Inhalte und (soziale und politische) Ziele. Jedoch würde eine Klärung einer Verständigung und Annäherung zwischen verschiedenen Diskurse und Akteuren in dem Feld dienen.

Neben vielen spezifischen **Herausforderungen**, die einzelne Konfliktfelder betreffen und die ich hier im Detail nicht nennen kann, sehe ich folgenden generellen Handlungsbedarf:

- Zusammenführung der Diskurse um Gewaltprävention und ZKB, insbesondere das Einbringen der Konfliktperspektive in die Gewaltprävention, aber auch eine Öffnung der ZKB für Perspektiven der Gewaltprävention. Erste Schritte in diese Richtung sind gemacht (beispielsweise die Teilnahme von ZKB-Akteuren am Deutschen Präventionstag), weitere sollten folgen.
- Politisierung der Praxis und des Diskurses der Gewaltprävention, und zwar nicht nur die Politisierung der Zielgruppen (z. B. der Jugendlichen), sondern auch der professionellen Akteure (z. B. der Sozialarbeiter/innen). Die strukturelle Frage muss verstärkt in den Blick genommen werden, wenn wir über die Behandlung des Symptoms Gewalt hinaus kommen wollen. In der Diskussion um einen positiven Frieden halte ich insbesondere ökonomische Aspekte für relevant.
- Weitere Herausforderungen sehe ich im Bereich der Ursachen- und Wirkungsforschung, hier kann insbesondere die „Gewaltpräventionsszene“ von der ZKB-Szene lernen.

Ich denke und hoffe, dass viele von uns in ihrem ehrenamtlichen Engagement und in der professionellen Praxis diese Ideen längst weiter tragen und wünsche uns allen dafür viel Mut und Demut, Beharrlichkeit und Geduld.

Julia A. Jäger ist Diplom-Psychologin und Autorin der Studie „Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz“.

Literatur:

Die Studie zu „Gewaltprävention in Rheinland-Pfalz“ ist zu finden auf:
www.julia-jaeger.de/referenzen/publikationen

Erfahrungen mit Ziviler Konfliktbearbeitung in der friedenspolitischen Bildungsarbeit und politischen Arbeit

Renate Wanie

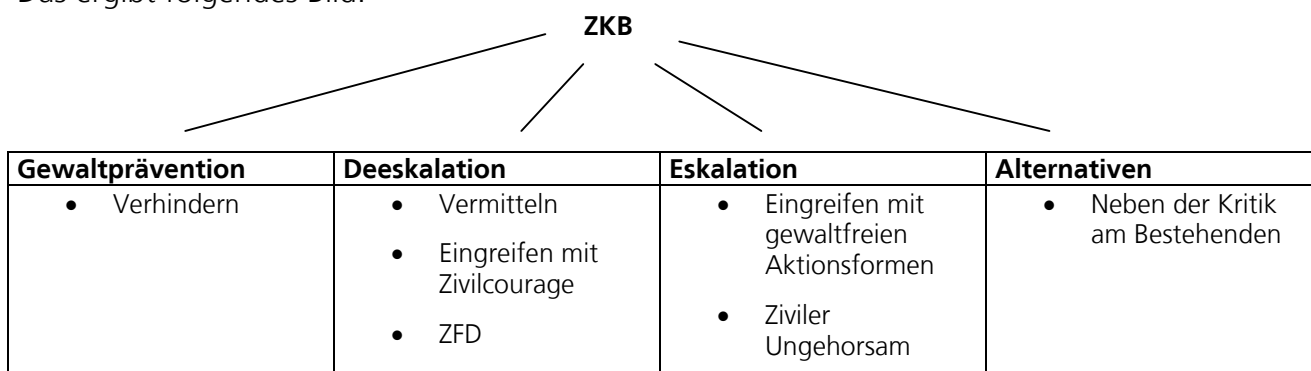
Meine Erfahrungen mit dem Konzept der Zivilen Konfliktbearbeitung (ZKB) liegen schwerpunktmäßig in der **friedenspolitischen Bildungsarbeit** im Rahmen meiner Mitarbeit in der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden. Aber auch in meiner **politischen Arbeit** in lokalen und bundesweiten Zusammenhängen (in der Kooperation für den Frieden) ist die ZKB bedeutsam. Bei meinem politischen Engagement spielt die ZKB außenpolitisch als alternatives Konzept zur herrschenden Militärpolitik eine Rolle und innenpolitisch bezogen auf die Organisierung und Durchführung von Protest und Widerstand.

Für mein Engagement in der Friedenspolitik ist das andere Konfliktverständnis der Zivilen Konfliktbearbeitung bedeutsam. Nicht der Konflikt ist das Bedrohliche, sondern die gewaltsamen Formen, mit denen Konflikte ausgetragen werden. Denn Konflikte wird es immer geben, wenn Menschen zusammenleben, sie sind Bestandteil jeglichen Zusammenlebens im Privaten wie in der Gesellschaft - es kommt jedoch darauf an, wie die Konflikte ausgetragen werden. Bei der ZKB werden bestehende Konflikte auf der Grundlage von Prinzipien wie Dialogbereitschaft, Einbeziehung aller Konfliktparteien, Interessenausgleich und den Menschenrechten mit Instrumentarien und Verfahren ohne direkte Gewaltanwendung und Androhung von Gewalt ausgetragen. So grenzt sich die ZKB deutlich vom etablierten gewaltsamen Konfliktaustrag ab.

ZKB wurde in den ersten Jahren ihrer Definition eher als ein Konzept zur Konfliktdeeskalation verstanden. Als ich vor wenigen Jahren die ZKB als Dach zeichnete, unter das ich neben deeskalierenden Instrumenten der ZKB (z.B. Mediation) auch Formen der Gewaltfreien Aktion als Methode stellte, um politische Konflikte zu eskalieren, wurde diese Zuordnung teilweise abgelehnt. Heute lese ich von Christine Schweitzer im BSV-Rundbrief Nr. 1/2010, dass ZKB keine Methode sei, um Protest ruhig zu stellen. Zur ZKB gehöre auch die Stärkung der Machtärmeren, die Entwicklung gewaltfreier Widerstandsmethoden bis hin zum Zivilen Ungehorsam. Diesem Verständnis stimme ich entschieden zu!

Unter dem Dach der ZKB dürfen sich AkteureInnen also auch parteiisch gesellschaftlich engagieren und Gewaltverhältnisse öffentlich thematisieren!

Das ergibt folgendes Bild:



Interessenausgleich – Dialog – Machtgleichgewicht

zwischenmenschlich - gesellschaftlich - zwischenstaatlich - international

Ziel aller Konfliktbearbeitungsformen:

Veränderung herbeiführen, nicht siegen → Konflikttransformation

1. Erfahrungen mit dem Konzept der ZKB

Bei der Darstellung meiner Erfahrungen mit der ZKB in Deutschland beziehe ich mich auf die von Christine Schweitzer aufgeführten Kategorien im BSV-Rundbrief 1/2010. Neben meinem politischen Engagement werde ich zunächst speziell Erfahrungen aus meinen Arbeitsfeldern in der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden vortragen. Sie beziehen sich nicht auf die gesamte friedenspolitische Bildungsarbeit in der Werkstatt. Mein Kollege Christoph Besemer beispielsweise macht als Experte seit vielen Jahren innergesellschaftliche Erfahrungen bei der Mediation und Moderation in der Nachbarschafts- und Stadtteilarbeit. Oder das Kampagnenteam der Werkstatt begleitet Konflikte, z.B. in der Arbeitswelt, wo Unrecht und Ausbeutung auf der Tagesordnung stehen. MitarbeiterInnen der Werkstatt bereiten Gruppen auf gewaltfreie Aktionen vor, z.B. in Heiligendamm, bei Castor-Blockaden oder gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21.

Meine Erfahrungen liegen in folgenden Konfliktfeldern in den Bereichen der Konfliktdeeskalation und Konflikteskalation:

Erfahrungen in der friedenspolitischen Bildungsarbeit

a) in Seminaren

In Seminaren und Fortbildungen vermittele ich Grundlagen und Methoden ziviler und gewaltfreier Konfliktbearbeitung für das **Alltagshandeln im persönlichen Umfeld und in der Arbeitswelt**. Hierbei geht es um den deeskalierenden Umgang mit Formen der Gewalt. Deeskalierenden Charakter haben auch die **politischen Konzepte** und Instrumentarien der ZKB und des ZFD, vermittelt in Vorträgen, Seminaren, Fortbildungen und öffentlichen Diskussionsveranstaltungen. Zu den eskalierenden Konzepten gehören in den Fortbildungsprogrammen die **Theorie und Praxis der Gewaltfreien Aktion**.

In Fortbildungen zur gewaltfreien zivilen Konfliktaustragung nehmen Menschen teil, die auf der Suche sind nach Alternativen zum herkömmlichen Handeln in alltäglichen Konfliktsituationen. Alternativen zum militärischen Handeln in der Politik sind ebenso gefragt. Offenheit und Neugier stehen im Zentrum des Interesses. Bemerkenswert ist, dass häufig zu Beginn eines Seminars das eigene alltäglich praktizierte gewaltlose Verhalten in Konfliktsituationen nicht bewusst ist. Allgemeine Unkenntnis und teilweise falsche Vorstellungen (z.B. Konfliktbearbeitung verstanden als Harmonisierung) von ziviler gewaltfreier Konfliktbearbeitung setzt die Teilnehmenden in Erstaunen, wenn bei einem Brainstorming zu gewaltlosem Handeln im Alltag eine auffallend lange Liste entsteht. Ins Seminar mitgebracht wird auch Skepsis gegenüber der ZKB: „Wenn aber der Kontrahent nicht mitmacht?“ ist eine verbreitete wie auch berechnete Frage, die nicht selten geäußert wird.

Sind es Widerstände gegen scheinbar einfache Konfliktbearbeitungsverfahren? Oder sind es Denkblockaden, ausgelöst durch eine traditionell gewaltvolle Konfliktkultur in unserer Gesellschaft, die keine Kreativität zulässt? Kreativität ist aber wesentlich für die ZKB. Und weiterbringend ist vor allem die in praktischen Übungen erlebte Seminarpraxis, wie auch die Auseinandersetzung mit konkreten Beispielen.

b) in öffentlichen Veranstaltungen

Auch bei der Moderation öffentlicher Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen politischen Konflikten, wie z.B. zum Krieg in Afghanistan oder im Nahen Osten mache ich die Erfahrung,

dass nicht selten große Zweifel an zivilen Mitteln zur politischen Konfliktbearbeitung ausgesprochen werden. Die Bedenken sind besonders stark, wenn machtpolitische Interessen von Politik und die Interessen der Rüstungsindustrie angesprochen werden. Bei dieser Diskussion wird die ZKB häufig belächelt.

Weiter mache ich die Erfahrung, dass Kenntnisse über politische Alternativen zum militärischen Konfliktaustrag wenig vorhanden sind und noch weniger Kenntnisse von konkreten Beispielen erfolgreicher ziviler Konfliktbearbeitung. Möglicherweise ist deshalb bei öffentlichen Veranstaltungen über aktuelle politische Konflikte, wie z.B. in Afghanistan, das Interesse an alternativen politischen Handlungsmöglichkeiten groß. Dazu ein Beispiel aus Heidelberg: Im November 2009 kamen ca. 100 Menschen zu einem Vortrag von Andreas Buro über Alternativen zur derzeitigen Afghanistanpolitik. Auch bei Straßenaktionen mit Infoständen werden gern alternative Konzepte zur vorherrschenden Sicherheits- und Kriegspolitik, z.B. zu Afghanistan und Palästina/Israel, mitgenommen. Hervorragend dafür geeignet ist die Monitoring-Reihe der Kooperation für den Frieden mit ausführlichen Analysen und Vorschlägen zum Umgang mit drängenden gewaltträchtigen Konflikten.

c) in Workshops zur Zivilcourage

Im Kontext „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer) wie auch im Zusammenhang mit „demokratischen Betätigung“ mache ich als Trainerin in ZKB Erfahrungen in Workshops, die Haltungen und Strategien für zivilcouragiertes Eingreifen in Diskriminierungssituationen analysieren, reflektieren und bewerten. Das Interesse richtet sich auf Situationen im öffentlichen Raum, in denen die persönliche Integrität und Menschenwürde von anders aussehenden Menschen verletzt wird. Ziel ist hierbei, deeskalierend und Opfer-schützend einzugreifen und Grenzen kennen zu lernen. Von den Teilnehmenden werden oft Rezepte erwartet. Unter dem Motto „Erfahrung statt Belehrung“ werden freilich zunächst die persönlichen Kompetenzen entfaltet sowie vielfältige Handlungsmöglichkeiten entwickelt und die Wirkung von gewaltfreien Strategien herausgearbeitet. Auffallend ist, dass anfangs das „Sich-Wehren“ überwiegend mit gewaltvollem Handeln verbunden wird. Erfreulicherweise verändert sich diese Haltung im Laufe des Workshops. Die Entwicklung vielgestaltiger Alternativen zur Gewalt tragen mit dazu bei.

d) bei demokratischer Betätigung

Zur demokratischen Betätigung mit Methoden der ZKB gehört auch die Vorbereitung auf politische Aktionen: mit Aktionstrainings für Gruppen (z.B. auf eine großangelegte Sitzblockade an der Airbase Frankfurt/M gegen den Beginn des Irakkriegs 2003) oder die Organisierung von Großaktionen in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen aus den sozialen Bewegungen (z.B. einer Großdemonstration gegen den 60. NATO-Gipfel in Straßburg 2009). Kontrahenten sind hier ganz konkret der Staat bzw. das Militärbündnis NATO versus BürgerInnen. Es geht darum, die Auswirkungen internationaler Politik und Ungerechtigkeit öffentlich zu dramatisieren. Aber es geht auch darum, das Verhalten bei der Aktion und den Umgang mit politischer Gewalt zum Beispiel von Provokateuren zu vereinbaren.

Eine Erfahrung innerhalb der Friedensbewegung besteht darin, dass es beim Verfassen von gemeinsamen Appellen zu Konflikten kommen kann, wenn neben dem Appell nach Kriegsbeendigung (z.B. „Raus aus Afghanistan“) auch alternative Konzepte aus der ZKB (z.B. „Frieden aufbauen jetzt“) eingefordert werden. Nur bei wenigen Gruppierungen aus der Friedensbewegung spielt die Forderung nach ZKB bislang eine wichtige Rolle. In solchen

Situationen ist dann ausdauernde Konfliktaustragung in den eigenen Reihen angesagt oder die Veröffentlichung unterschiedlicher Aufrufe.

2. Herausforderungen

Die Friedensbewegung lebt „von der großartigen Vielfalt der in ihr vertretenen Meinungen und Fähigkeiten, verschiedene Sichtweisen eröffnen die Möglichkeit, unterschiedliche Schichten der Gesellschaft anzusprechen.“ (Buro) Das klingt viel versprechend. Doch in der Praxis kann die Vielfalt von unterschiedlichen Gruppierungen bei jeder Aktionsplanung zur Herausforderung werden.

Ein Beispiel dafür war die Zusammenarbeit bei der Planung von Protest und Widerstand gegen die Kriegspolitik der NATO aus Anlass des 60. NATO-Gipfels 2009 in Straßburg. „Die NATO ist der militärische Arm westlicher Politik zur Durchsetzung westeuropäischer und US-amerikanischer Interessen weltweit.“ Diese politische Einschätzung teilen in etwa auch Bewegungen aus dem autonomen, antikapitalistischen oder antiimperialistischen linksradikalen Spektrum. Sie bezeichnen sich nicht als Friedensbewegung sondern als Antikriegsbewegung. Frieden ist für viele aus diesem Spektrum ein schwammiger Begriff, der von den Herrschenden besetzt ist. Krieg wird in erster Linie auf Widersprüche kapitalistischer Klassengesellschaften zurückgeführt. Da sei jeglicher Widerstand gerechtfertigt, nur so könne Frieden und Gerechtigkeit durchgesetzt werden. (Franz Fanon)

So wurde auch in der Vorbereitung gegen den NATO-Gipfel eine Debatte geführt, wie militante Aktionen als offensiver Bestandteil des Anti-NATO-Widerstands integriert werden können. Militant als synonym für gewaltsam, Sachen zerstören (wie in Straßburg geschehen) wie auch andere Menschen angreifend. Doch mit dieser Strategie werden keine Menschen aus der „Mitte der Gesellschaft“ angesprochen. Politische Gewalt ist kontraproduktiv, sie schwächt den Kontakt zur zivilen Gesellschaft. Unser „Motto „der Weg ist das Ziel“ bildet hierbei keine gemeinsame Basis und erschwert eine Bündnispolitik. Ein interkultureller Konflikt in den sozialen Bewegungen? Übereinstimmung zwischen pazifistischen Friedensbewegten und Strömungen aus der Antikriegsbewegung gibt es dann lediglich bei dem großen Ziel, militärische Gewalt abzuschaffen, aber nicht bei der Frage nach dem Weg dorthin.

3. Zukünftige Möglichkeiten

Dennoch: Mit der „großartigen Vielfalt“ in den friedens- und Antikriegsbewegungen könnten wir eine Menge zusammen erreichen und politisch Druck machen, wenn wir viele sind. Deshalb sollten wir auch weiterhin das Gespräch mit Andersdenkenden in den Bewegungen führen und versuchen, klare Absprachen über die Bedingungen für eine Zusammenarbeit zu treffen, z.B. sobald es zu gewalttätigem Handel kommt, gleichgültig, von wem ausgehend. Wird der Dialog verweigert oder fehlt die Bereitschaft zur Verbindlichkeit, dann sollten getrennte Aktionen und Demonstrationen verabredet werden. Verständigung sowie ein breites politisches Bündnis sind neben der Vielfalt von Aktionsformen grundlegende Ziele der ZKB und können zur Deeskalation beitragen.

So lohnt es sich darüber weiter nachzudenken, wie gewaltsame Eskalationen von Seiten der Demonstrierenden zukünftig vermieden werden könnten. Nach den Erfahrungen mit den jüngsten gewaltsamen Protesten während der Großdemonstration in Straßburg 2009 ist eine Idee, sich Gedanken über Trainingskonzepte für Bezugsgruppen zu machen, die „schnell deeskalierend eingreifen, ohne Menschen auszugrenzen oder gar der Polizei auszuliefern“. (Speck)

Weiter ausgebaut werden sollte im Bereich der ZKB der Einsatz von DemonstrationsbeobachterInnen, wie ihn das Komitee für Grundrechte und Demokratie aus polizeikritischer Perspektive bereits bei Großereignissen wie in Heiligendamm 2007 und bei Castor-Transporten praktiziert hat. Hintergrund ist die zunehmende Einschränkung des Demonstrationsrechts, der Einsatz von Provokateuren durch die Staatsorgane und die Tendenz zur Aufrüstung, wie z.B. die martialisch wirkenden Plastikschießenschilder der PolizistInnen. Die Anwesenheit von DemonstrationsbeobachterInnen soll die Tendenz zur Deeskalation verstärken. Wesentlich ist die anschließende Veröffentlichung der Beobachtungen.

In diesen drei Bereichen – klare Absprachen, Trainings für Bezugsgruppen bei Demonstrationen und Demonstrationsbeobachtung - sehe ich Möglichkeiten und Chancen, innergesellschaftliche Konflikte konstruktiv zu bearbeiten und so „das Funktionieren einer lebendigen demokratischen Gesellschaft“ (Schweitzer) zu ermöglichen.

4. Persönliche Herausforderungen

Weiter nachdenken sollten wir über Trainingskonzepte, die sich eignen könnten, um bei „Gewalt in den eigenen Reihen“ (Speck) einzugreifen. Kenntnisse und Erfahrungen mit Trainings in Zivilcourage bilden dafür eine gute Basis. Offen bleibt die grundsätzliche Frage: Mit wem wollen wir zusammenarbeiten?

Das Konzept der ZKB stellt mit seinen weitreichenden Ansätzen und Instrumentarien eine bedeutende Entwicklung bei der Bearbeitung von gesellschaftlichen Konflikten dar – „um Ungerechtigkeit abzubauen und Wandel in der Gesellschaft zu befördern“ (Schweitzer). Bisher ist das Konzept nur einer Minderheit bekannt. Deshalb ist es eine große Aufgabe, das Konzept der ZKB einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen und die Realisierbarkeit anhand von konkreten Konfliktbeispielen zu vermitteln. Und die Menschen wie auch die Politik für die ZKB zu gewinnen: in Fortbildungs- und in öffentlichen Diskussionsveranstaltungen ebenso wie in gemeinsamen Appellen der sozialen Bewegungen. Das habe ich mir zur Aufgabe gemacht.

Renate Wanie ist Mitarbeiterin der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden.

Literatur:

Speck, Andreas: Zum Umgang mit der Gewalt in den eigenen Reihen. In: Friedensforum 3/2009

Schweitzer, Christine: Neue Wege aus der Gewalt. ZKB in Deutschland. In: BSV-Rundbrief Nr. 1/2010

Zivile Konfliktbearbeitung - Beruhigungsspiel oder Empowerment?

Outi Arajärvi

Wenn in Kommunen öffentliche Beteiligungsverfahren angeregt werden, seien es öffentliche Anhörungen, Runde Tische oder ähnliches, kommt es immer auch auf die Qualität der Beteiligung an. Nicht nur, dass sich viele der betroffenen Menschen beteiligen können, sondern auch der Grad der Einflussmöglichkeiten bestimmt, ob es sich um eine echte Beteiligung handelt.

Diese Zusammenhänge kann man in einer Matrix verdeutlichen:

Einfluss- und Beteiligungsmatrix

	Wenige Einflussmöglichkeiten	Breite Einflussmöglichkeiten
nur wenige können sich beteiligen	<p>Alleinherrschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entscheidungen können nicht beeinflusst werden • Alle Betroffenen sind „gleichwertig“ ausgeschlossen • die Akzeptanz der Entscheidungen hängt von der Legitimität des Entscheiders ab: Hat er die Befugnis zur Entscheidung? > die Betroffenen fühlen sich als Außenseiter 	<p>Kabinettpolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine kleine Gruppe hat direkten Zugang zur Entscheidungsfindung • es handelt sich um Lobbyismus oder Seilschaften, im schlimmsten Fall um Korruption • Betroffene sind von unterschiedlichem Wert: Innerer Kreis - Ausgeschlossene > Betroffene empfinden die Entscheidungsfindung als unfair. Entscheidungen im geschlossenen Kreis erzeugen Misstrauen und Verdächtigungen
viele können sich beteiligen	<p>Scheinbeteiligung</p> <ul style="list-style-type: none"> • keine Verbindung zwischen Beteiligung und Entscheidungsfindung • die Beteiligung wird nur zum Schein organisiert • Ziel kann sein, die Entscheidung zu legitimieren > die Betroffenen sind verärgert und frustriert, die Folgen sind wachsendes Misstrauen 	<p>Echtes Beteiligtsein</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Beteiligung beeinflusst die Entscheidung • echte Alternativen, faire und offene Prozesse • die Verbindung der Beteiligung zur Entscheidungsfindung ist klar für alle Teilnehmenden > die Beteiligung wird als sinnvoll empfunden. Das Vertrauen an die Entscheidungsfindung wächst

(aus: Lasse Peltonen: Hilfe, die Bürger wollen sich beteiligen, nicht nur teilnehmen, www.kansanvalta.fi)

Weitere Aspekte, die berücksichtigt werden sollten:

- die Qualität der Beteiligung ist entscheidend, nicht die Menge
- die Empfindung über faire Beteiligung kann man nicht von außen messen, nur die eigene Erfahrung zählt
- die Betroffenen beteiligen sich, wenn sie das Vertrauen haben, dass sie tatsächlich Einfluss auf die Entscheidungen nehmen können, die ihre Bedürfnisse und Interessen betreffen. Dieses Vertrauen entsteht, wenn sie im Prozess die Erfahrung machen, ernst genommen zu werden und auf echtes Interesse zu stoßen, wenn ihre Vorbehalte Raum bekommen und ausgeräumt werden können.
- die Erwartungen der Betroffenen an die Einflussmöglichkeiten sind oft hoch - es ist wichtig die echten Einflussmöglichkeiten offen zu legen. Geht es um Information oder um Verhandlungen?

Die Entscheidungen müssen begründet werden.

Outi Arajärvi ist Mitarbeiterin beim Institut für angewandte Kulturforschung e. V. (ifak), Vorstandsmitglied beim BSV und Mitherausgeberin des Buches „Konfliktbearbeitung in der Nachbarschaft“.

Ziviler Friedensdienst in Deutschland. Zur Beratungsarbeit des *forumZFD* in deutschen Kommunen

Philippe Sufryd

Das Konzept der Kommunalen Konfliktberatung

Deindustrialisierung, demografischer Wandel und die Zuwanderung von Migranten verändern die Lebenswelten in deutschen Städten und Gemeinden. Viele Kommunen erleben diese Veränderungen vor dem Hintergrund erheblicher gesellschaftlicher Spannungen. Um Stadtgesellschaften bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu unterstützen, hat das *forumZFD* auf der Grundlage der Methodik des ZFD im Ausland das Instrument der „Kommunalen Konfliktberatung“ entwickelt. Gegenwärtig arbeitet das *forumZFD* nach diesem Konzept in vier deutschen Städten bzw. hat dort Projekte abgeschlossen: In Oranienburg bei Berlin, im niedersächsischen Quakenbrück, in der Universitätsstadt Tübingen und im Hamburger Stadtbezirk Bergedorf. In Vorbereitung befindet sich ein Projekt in der niedersächsischen Stadt Osterholz-Scharmbeck, im Großraum Bremen gelegen.

Wenn wir von unserer Arbeit berichten, werden wir oft gefragt: Warum brauchen wir eigentlich einen Zivilen Friedensdienst in Deutschland? Hier herrschen doch weder bürgerkriegsähnlichen Zustände noch drohen diese in absehbarer Zeit. Dem stimme ich natürlich zu. In Deutschland gibt es eine funktionierende Zivilgesellschaft, und gewalttätige Unruhen wie etwa 2005 in Frankreich sind zum Glück nicht in Sicht. Doch unsere Projekte, z.B. in Quakenbrück, haben gezeigt, wie sinnvoll das Instrument ZFD im Inland sein kann. Obwohl es in Quakenbrück eine sehr lebendige Zivilgesellschaft gibt, kommt es dort regelmäßig zu Konflikten, die meist mit der noch nicht gelungenen Integration griechisch-muslimischer und russlanddeutscher Zuwanderer zusammenhängen. Wir sind deshalb von der Kommune selbst angefragt worden, von außen einen neuen Blick auf die Situation zu werfen und ein Handlungskonzept zu entwickeln. Solche migrationsbedingten Konflikte gibt es an vielen Orten in ganz Deutschland. Die kommunalen Akteure, gerade in kleineren Städten, haben häufig diesbezüglich wenig Erfahrungen. Oder ihnen fehlen einfach die Ressourcen. Immer mehr von ihnen wollen aber nicht abwarten bis eine Situation eskaliert, sondern Integration positiv gestalten. Und hier können wir eine Menge Expertise zur Verfügung stellen.

Dabei unterscheidet sich unser Ansatz eines Zivilen Friedensdienstes in Deutschland gar nicht so sehr von den Einsätzen im Ausland. Gemeinsam ist der Blick von außen und natürlich auch viele Methoden zur gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten. Wir kommen wie bei Auslandsprojekten als allparteilicher Akteur hinzu. Wir sind nicht Teil des Problems, sondern analysieren den Konflikt von außen und versuchen, mit den Beteiligten Strukturen zu entwickeln, die sich später, wenn wir wieder weg sind, selbst tragen. Unterschiedlich ist zumeist, dass wir es in Deutschland mit einer entwickelten Demokratie, geübten Zivilgesellschaft und meist klar geregelten Verwaltungsstrukturen zu tun haben. Und: Wir agieren in unserer eigenen Sprache und Kultur. Aber man muss auch sehen, dass wir mit dem Aufbau eines ZFD in Deutschland erst am Anfang eines Prozesses stehen. Im Moment geht es vor allem darum, wie bei den Projekten in Oranienburg und Quakenbrück, die unmittelbar beteiligten Akteure zu beraten. Das hat viele Aspekte von struktureller Beratungsarbeit und deshalb nennen wir unsere Arbeit im Inland auch „Kommunale Konfliktberatung“.

In Quakenbrück, um nochmals zu diesem Beispiel zurückzukommen, haben wir eine Konfliktanalyse und einen Vorschlag für ein Handlungskonzept zur Integration verschiedener Zuwanderergruppen entwickelt. Dieses Konzept wurde sehr gut aufgenommen. Der Stadtrat hat unseren Vorschlag über alle Fraktionen hinweg als Leitlinie der Integrationsaktivitäten beschlossen. Anschließend hat die Stadt ihr Interesse bekundet, sich bei der Umsetzung

weiter von uns beraten zu lassen. Ende letzten Jahres haben wir sie z.B. dabei unterstützt, einen Antrag beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung einzureichen. Der Antrag war erfolgreich und so verfügt Quakenbrück nun über zusätzliche Gelder, um die Umsetzung des Handlungskonzeptes voranzutreiben.

Unser erstes Projekt, in Oranienburg bei Berlin, haben wir inzwischen abgeschlossen. Hier in Oranienburg haben wir erstmals „Kommunale Konfliktberatung“ erprobt. Es gab dort Spannungen zwischen Einheimischen und Aussiedlern, die zudem untereinander Konflikte hatten. Heute gibt es in Oranienburg eine integrative Plattform, die sowohl verschiedene Aussiedlergruppierungen als auch Einheimische vereint. Die »Initiative Bürgerzentrum« wird von der Stadtverwaltung als direkter Draht in die Mittelstadt und zu den Aussiedlern geschätzt. Aber Integrationsarbeit ist unbestritten eine langfristige Angelegenheit, die sicherlich einen Zeitraum von mindestens 20 Jahren benötigt. Deshalb sehen wir uns eher als Impulsgeber. In Oranienburg hat die Stadtgesellschaft erkannt, dass die Integration der Aussiedler in der Mittelstadt ein Zukunftsthema ist, für das Ressourcen geschaffen werden müssen. Genau das ist geschehen: Anfang 2010 hat die Stadt zur Koordination der Integrations- und Gemeinwesenaktivitäten eine Stelle im Bürgerzentrum geschaffen!

In der Abteilung Projekte und Programme in unserem Haus begreifen wir die Projekte in deutschen Kommunen mit unseren Auslandsprojekten als Einheit. Dabei können wir viele übergreifende Erfahrungen nutzen: Bisher wird die Erfahrung und die interkulturelle Kompetenz zurückkehrender Friedensfachkräfte noch zu wenig genutzt. Unsere Friedensfachkräfte sind Leute mit Lebens- und Berufserfahrung, die zusätzlich eine Sonderqualifikation besitzen. Wenn wir diese Fachkräfte nachschulen in Hinblick auf deutsche Verwaltungsstrukturen, haben wir ein großes Potenzial für die Konfliktberatung in hiesigen Städten und Gemeinden.

Und zu guter Letzt ein weiteres Beispiel: Aktuell liegt uns eine Anfrage der Stadt Osterholz-Scharmbeck bei Bremen vor, die durch unser Projekt in Quakenbrück auf uns aufmerksam geworden sind. In Osterholz-Scharmbeck gibt es massive Konflikte mit MigrantInnen aus dem Libanon. Einiges deutet daraufhin, dass diese Spannungen zum Teil auf Konfliktstrukturen beruhen, die von dort „importiert“ wurden. Seit dem Sommer 2009 sind wir als *forumZFD* im Libanon tätig, d.h. wir haben in unserem Team Fachkräfte, die sich im Libanon auskennen und ihre Erfahrungen in Osterholz-Scharmbeck einbringen könnten. Hier können wir von einem echten Süd-Nord-Austausch zehren!

Philippe Sufryd ist Referent für Inlandsarbeit beim Forum Ziviler Friedensdienst e. V.

Schule ohne Bundeswehr

Maria Baumeister

Angesichts des massiven Auftretens der Bundeswehr an Schulen scheint die Forderung „Schule ohne Bundeswehr“ eine illusorische Vorstellung zu sein. Das bewerten wir von *Bundeswehr Wegtreten* jedoch anders. Für uns bietet die Kampagne eine Möglichkeit, über den Einsatz von militärischen Mitteln breit zu diskutieren, die Interessen militärischen Denkens und Handelns zu hinterfragen und Menschen zu motivieren, ihrer antimilitaristischen Haltung einen praktischen Ausdruck zu verleihen. Die immer massiver werdende Präsenz der Bundeswehr in Schulen und auf Bildungsmessen ist Ausdruck der zivilmilitärischen Zusammenarbeit, ähnlich wie die Einrichtung von Verbindungskommandos, die Kooperationen mit Krankenhäusern, DRK oder dem THW (Technisches Hilfswerk). Die militärischen Strukturen dringen immer tiefer in die zivile Gesellschaft ein mit dem zentralen Ziel, Deutschland kriegsfähig zu machen. Insofern ist der Einsatz der Bundeswehr an Schulen ein Einsatz im Inneren.

Die Schuleinsätze der Bundeswehr verfolgen drei grundlegende Interessen:

1. Nachwuchs zu gewinnen
2. die Akzeptanz des Militärischen in der Bevölkerung zu verankern
3. Militär als Garant für Sicherheit, Frieden und Demokratie zu präsentieren.

Zu 1) Genutzt wird dabei die ökonomische Krise. Für Jugendliche heißt das, keinen gewünschten Ausbildungsplatz zu finden oder keinen finanzierbaren Studienplatz. In Zeiten der Verunsicherung wirbt die Bundeswehr mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherheit lebenslang. Auch mit emotionalen Befindlichkeiten wird gearbeitet, indem mit der Angst vor Terrorismus operiert wird, mit Chaos und neokolonialen Argumentationen: Deutschland bringt Demokratie und Frieden in die Welt und tut somit etwas Gutes.

Zu 2) Dieses Ziel bezieht sich sowohl auf die militärischen Interventionen im Ausland als auch auf den Einsatz im Innern. D.h. mit der Akzeptanzstrategie verknüpft sie auch die Implementierung des neuen Selbstverständnisses des Militärs, nicht mehr nur zu verteidigen, sondern militärisch weltweit zu agieren für die eigenen geopolitischen Interessen, für den ungehinderten Strom von Rohstoffen und Waren, die Verhinderung, dass Menschen auf der Flucht in die westlichen Metropolen gelangen, die Etablierung von Protektorratsregimes oder anderen protegierten Machthabern etc.

Zu 3) Vor mehr als 100 Jahren diente das Argument „Zivilisation zu bringen“ dem ideologischen Hintergrund für die Kolonialkriege. Heute wird mit den Begriffen ‚Demokratie‘ und ‚Frieden‘ versucht, die Zustimmung für Krieg gesellschaftlich durchzusetzen.

Kriege zielen auf die Zerstörung sozialer Strukturen ab. Da stellt sich die Frage, ob nicht bereits das neoliberale Gesellschaftssystem diese Kriegslogik bedingt? Neoliberalismus und Krieg gehören untrennbar zusammen. Konkurrenz und Leistungsindividualismus, Ausbeutung von Menschen und Ressourcen, gezieltes Einsetzen/Benutzen von sexueller Gewalt, Nichtachtung der Natur, die Unterordnung jeglicher Lebensäußerungen unter den Terror der Gewinnmaximierung sind die patriarchalen kriegerischen Logiken unserer heutigen Zeit. Wenn das ökonomische System an seine Grenzen stößt, weil Menschen widerständig sind, will es diese Grenzen durchbrechen. Und dieses Durchbrechen ist ein gewalttätiger Prozess, das ist Krieg, um neues Wachstum zu schaffen. Krieg zerstört in einem kurzen Zeitraum soziale Strukturen in Familien, in Nachbarschaften, in Stadtteilen. Die Stärksten und Aggressivsten werden sich durchsetzen in den Kriegsgebieten. An den Heimatfronten sollen

Repression und der Sicherheitswahn zu einem ruhigen Hinterland beitragen. Ein patriarchales Selbstverständnis bleibt an der Macht. Die patriarchale Zivilisation ist ein Kriegssystem.

Zur Geschichte der Jugendoffiziere

Die Abteilung der Jugendoffiziere ist 1958 auf Befehl des ersten Generalinspektors der Bundeswehr, Adolf Heusinger, mit dem erklärten Ziel geschaffen worden, den Widerstand breiter Kreise der westdeutschen Bevölkerung gegen eine Remilitarisierung der Gesellschaft durch »intensive Öffentlichkeitsarbeit« auszuhebeln. Heusinger hatte Adolf Hitler bereits 1923 als »von Gott gesendete(n) Mann« bezeichnet. Er wurde 1940 Chef der Operationsabteilung des Generalstabs des Heeres und war an der Vorbereitung sämtlicher Aggressionshandlungen des Naziregimes beteiligt. Von ihm stammen die barbarischen »Richtlinien für die Bandenbekämpfung«, an denen sich die »Jagdkommandos« der Wehrmacht bei ihrem Vernichtungskrieg gegen die Partisanentätigkeit verdächtige Zivilisten in den von Deutschland während des Zweiten Weltkriegs besetzten Gebieten orientierten.

Derzeit stehen 96 hauptamtliche und 300 nebenamtliche Jugendoffiziere der Verbreitung der Kriegspropaganda zur Verfügung.

Sie sind in der Regel zwischen 27 und 32 Jahre alt. Jeder von ihnen blickt auf mindestens 8 Jahre Militärdienst inklusive Auslandseinsatz zurück, bevor er in der „Akademie für Information und Kommunikation“, ehemals „Schule für Psychologische Kampfführung/Verteidigung“ ein Kommunikationstraining absolvieren muss. Zitat von Fregattenkapitän H.-J. Meyer: „Er soll von seinem Auftreten her frisch und jugendlich sein, kann sogar noch etwas jungenhaft wirken. Er muss redegewandt, schlagfertig und mit einer Portion Humor begabt sein. Er soll ein Mensch sein, zu dem man gern Kontakt sucht und der seinerseits leicht Kontakt findet.“ Sie sollen nicht dem klassischen Bild eines Militaristen entsprechen. Sie sind professionelle PR Manager und im Anschluss an ihre Bundeswehrzeit sehr begehrte Mitarbeiter in den Öffentlichkeitsabteilungen von Unternehmen.

Wenden wir uns der **Schule** zu:

Neueste Zahlen aus der kleinen Anfrage im Bundestag sprechen von 400.000 Jugendlichen, die im Jahr 2009 von Offizieren der Bundeswehr an Schulen beeinflusst worden sind. Erschreckend ist dabei, dass Jugendoffiziere „nur“ 113.000 SchülerInnen erreicht haben und die so genannten Wehrdienstberater 290.000. Der Unterschied zwischen diesen beiden Offiziersarten besteht v.a. darin, dass Jugendoffiziere über Sicherheits- und außenpolitische Fragen referieren und nicht werben dürfen, dagegen der Wehrdienstberater ein offensiver Rekrutierer ist. In der Praxis verwischen die Grenzen allerdings.

Kooperationsvereinbarungen

Diese Vereinbarung wird zwischen den Schulministerien und der Bundeswehr geschlossen, mittlerweile in Kraft in Hessen, NRW, Saarland, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. In anderen Bundesländern wird die Vereinbarung geplant.

Für die Kooperation zwischen Bundeswehr und Schulen werden in der Vereinbarung einige Grundlagen festgehalten:

- eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung im Bereich der Sicherheitspolitik entsprechend den Vorgaben der Verfassung, des Schulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und der Rahmenvorgabe für politische Bildung

- die Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften
- die Möglichkeit der Teilnahme von Lehrkräften und Bediensteten des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bezirksregierungen bei Aus-, Fort- und Weiterbildungen im Rahmen von Seminaren zur Sicherheitspolitik der Bundeswehr und von Besuchen ihrer Einrichtungen
- die Veröffentlichung von Bildungsangeboten, insbesondere im Amtsblatt und in den Onlinemedien des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und des Wehrbereichskommandos II
- die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung durch regelmäßige Gespräche der Jugendoffiziere mit den jeweiligen Leiterinnen und Leitern der Schulabteilungen bei den Bezirksregierungen oder eines von Ihnen jeweils beauftragten Dezernenten.
- Jeweils zum Schuljahresende erfolgt ein schriftlicher Bericht der Jugendoffiziere an das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen über die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung.

Bisher lag es im Ermessen der/s jeweiligen Lehrers/in, ob ein Jugendoffizier in die Klasse eingeladen wird. Nun sollen Jugendoffiziere verpflichtend in die Gestaltung und Umsetzung von Lehrplänen einbezogen werden. Durch regelmäßige Gespräche der Jugendoffiziere mit den SchulabteilungsleiterInnen der Bezirksregierungen soll die Umsetzung gesichert werden. Dafür wurde extra die Institution des **Bezirksjugendoffiziers** geschaffen, weil die Ebene der Regierungspräsidenten in der Schulbürokratie weisungsbefugt ist. Dies will die Bundeswehr nutzen, um militärische Vorstellungen gezielt durchsetzen zu können. Jugendoffiziere sollen verstärkt in Schulen auftreten können und auch in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften eingebunden werden. Daran gekoppelt sind Angebote, Kasernen und andere Einrichtungen der Streitkräfte zu besichtigen – für Lehrkräfte, Angehörige der Schulverwaltung und SchülerInnen. In Thüringen unterrichten Offiziere der Bundeswehr LehrerInnen in den Fächern Gemeinschaftskunde, Geschichte und Ethik. Die Bundeswehr selbst hebt in ihren Auswertungen die Bedeutung des frühen und intensiven Austauschs mit ReferendarInnen hervor, hierdurch entwickelten sich Verbindungen, die in den Folgejahren besonders „gewinnbringend“ seien. PädagogInnen werden als Multiplikatoren für militärische Propaganda eingesetzt, ihnen werden Seminarfahrten angeboten z.B. ein mehrtägiger Aufenthalt in Berlin mit exklusivem Zugang zu Exponenten der deutschen Ministerialbürokratie und zu dem für Kriegsoperationen in aller Welt zuständigen Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam.

PR und Unterrichtsmaterialien

Eine angeblich private Arbeitsgemeinschaft „Jugend und Bildung e.V.“ gibt im Auftrag des Bundesverteidigungsministeriums Handreichungen in Form von Schüler- und Lehrerheften heraus – ausgefeilte Unterrichtsmaterialien, in denen die Bundeswehr im Arbeitsblatt „Hilfe für Menschen in Not“ in einem Atemzug mit dem Internationalen Roten Kreuz und Amnesty International als Hilfsorganisationen genannt wird. Das Strategiespiel POL&IS (Politik und Internationale Sicherheit) ist für die Jugendoffiziere von zentraler Bedeutung. Über Rollenspiele werden Jugendliche an militärstrategisches Denken herangeführt. Weltweite Ressourcenverteilungskonflikte werden vorgegeben und sollen mit herrschenden Interventionsszenarien gelöst werden. Jugendoffizier Ch. Rump in ‚Die Zeit‘ „Es gibt immer welche, die vorletzte Woche noch bei der Hand-in-Hand-Lichterkette mitgemacht haben und jetzt Krieg führen wollen.“

Für die Arbeit der Jugendoffiziere ist darüber hinaus zentral, Meinungen und Sichtweisen der Jugendlichen in Erfahrung zu bringen. Diese Erkenntnisse fließen in die Meinungsforschung und Öffentlichkeitsarbeit sowie in das Personalmarketing der Bundeswehr ein.

Schützenhilfe erhalten die Jugendoffiziere seit vergangem Jahr durch ein Internetportal des Auswärtigen Amtes www.kinder.diplo.de, das 10-14-Jährige als primäre Zielgruppe benennt und mit einer Stahlhelm tragenden Friedenstaube umwirbt. Die Notwendigkeit von Kriegseinsätzen wird in kindgerechter Sprache dargestellt. Zahlreiche Bildungsinstitutionen preisen das Portal als Referenzlektüre an.

Widerstand tut Not

Es hat sich im Rahmen der Kampagne „Schule ohne Bundeswehr“ ein Bündnis in Köln gegründet, in dem v.a. LehrerInnen sowie Ehemalige mitarbeiten. Wir vertreten die Position, dass wir keine Bundeswehr an Schulen und Hochschulen wollen. Derzeit sind wir nicht bereit, mit Vertretern der Bundeswehr gemeinsam zu diskutieren. Derartige Foren sind anderswo vorstellbar, aber nicht in Schulen. Das Problem besteht darin, dass u.E. der Beutelsbacher Konsens, in dem die Minimalbedingungen für politische Bildung 1976 festgelegt wurden, bei Veranstaltungen in der Schule zur politischen Bildung durch Jugendoffiziere, nicht gewährleistet ist. Die drei Grundprinzipien des Konsenses lauten: 1. Überwältigungsverbot 2. Kontroversitätsgebot und 3. Analysefähigkeit. Die Bundeswehr vertritt einen pro-militärischen Grundkonsens.

Die Kampagne „Bundeswehr raus aus der Schule“ kann ihr Ziel nur erreichen, wenn eine breite Diskussion um Krieg und Bundeswehr an den Schulen geführt wird. Dazu gehört auch, dass ökonomische und machtpolitische Interessen und die Durchsetzung patriarchaler Geschlechterkonstruktionen (Maskulinisierung der Geschlechter, Zunahme von sexualisierter Gewalt) benannt werden und das Gerede von friedenserhaltenden und –schaffenden militärischen Maßnahmen entlarvt wird. Wir hoffen, dass viele SchülerInnen, StudentInnen, Eltern, LehrerInnen die Initiative ergreifen und dem Treiben der Bundeswehr an Schulen, Unis und anderen Bildungseinrichtungen ein Ende bereiten.

In den vergangenen Jahren hat es an zahlreichen Schulen Aktionen gegen die Präsenz der Bundeswehr gegeben. Es waren Initiativen von SchülerInnen z.B. in Weimar, Duisburg, Göttingen, Bernau, Hamburg, Berlin, die die Bundeswehr an ihrer Schule behindern und vertreiben konnten, u.a. mit der Forderung „Ausbildungsplätze statt Auslandseinsätze“. Vor diesem Hintergrund ist in Köln die Kampagne „Schule ohne Bundeswehr“ initiiert worden, die mit vielen ErstunterzeichnerInnen aus Schule, Kultur und Wissenschaft an die Öffentlichkeit getreten ist. Der Aufruf fordert, den VertreterInnen der Bundeswehr jeglichen Zutritt an den Schulen zu verwehren. Die Schule ist kein Ort für Kriegspropaganda. Es widerspricht jeder pädagogischen Verantwortung, Kinder und Jugendliche den Kriegshandwerkern auszuliefern. Militär hat an der Schule nichts zu suchen. Der Vormarsch der Bundeswehr und ihre feste Verankerung in verschiedenen pädagogischen Institutionen muss gestoppt und rückgängig gemacht werden.

Maria Baumeister engagiert sich im Aktionsbündnis »Bundeswehr wegtreten!«.

Rechtsextremismus - eine Herausforderung für die Demokratie?

Robin Kendon

Vorbemerkungen

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus hat eine andere Konfliktkonstellation als z.B. friedenspolitische Arbeit

- Anstelle der Konstellation (vereinfacht dargestellt) "wir gegen den Staat" gibt es eine Gruppierung innerhalb unserer Gesellschaft, die sowohl Teile dieser Gesellschaft (Minderheiten) als auch die Gesellschaftsordnung an sich angreift. Somit entstehen andere Kooperationen, z.B. zwischen der Zivilgesellschaft und der Polizei.
- Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus findet an vielen Stellen innerhalb der Gesellschaft statt. Die für die Friedensarbeit üblichen Ansätze, wie z.B. Demonstration gegen die Politik der Regierung, Lobbyarbeit, usw. greifen hier nicht auf gleicher Weise.

Auch daher: Der Rechtsextremismus trifft uns persönlich näher, u.a.:

- Es gibt viele Vorurteile in breiten Teilen der Gesellschaft.
- Es kann persönliche Gefahrensituationen geben (anderer Art als z.B. auf einer Friedensdemonstration).

Rechtsextremismus - was ist denn das?

1) Definitionen

- Ordnungspolitisch / juristisch
 - Gesetze und Paragraphen
- Sozialwissenschaftlich
 - Ungleichwertigkeit auf Grund bestimmter Merkmale
 - Gewalt

Achtung: es gibt eine kritische Diskussion des Extremismusbegriffes, die nicht außer Acht gelassen werden sollte.

2) Strategien

(auch wenn die Umsetzung nicht strategisch erfolgt)

- 3- (oder 4-) Säulenstrategie:
 1. Kampf um die Straße
 2. Kampf um die Köpfe
 3. Kampf um die Parlamente
 4. Kampf um den organisierten Willen
- Wortergreifungsstrategie

3) Organisationsformen des Rechtsextremismus

- Parteien
- "Freie Kräfte" / Kameradschaften
- Rechtsextreme Szene
- Rechtsextrem orientiertes Umfeld mit Übergang zur ...
- ... "Mitte der Gesellschaft" mit allen vorhandenen Vorurteilen
- Rechtsextreme Organisationsformen existieren im Spannungsfeld möglicher Verbotsverfahren, sind zum Teil (auch deshalb) flexibel und flüchtig

4) Erscheinungsformen

- Kleidung
- Musik
- Medien, v.a. Internet
- Immobilien
- Demonstrationen
- Bildungsarbeit / Schulungen / Elitebildung
- Gewalt

Das Mobile Beratungsteam Brandenburg (MBT)

Das Mobile Beratungsteam im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung

- wirkt in Kommunen und Regionen Brandenburgs durch Beratung, Moderation und Information bei der Stärkung und Entwicklung einer umfassend demokratisch verfassten Gesellschaft mit.
- berät alle gesellschaftlichen Initiativen und Einzelpersonen - vom besorgten Elternteil bis zum haupt- oder ehrenamtlichen Bürgermeister, vom kreisweiten Netzwerk für Toleranz bis zur örtlichen freiwilligen Feuerwehr, vom Unternehmen bis zum Landrat.
- hat als Ziel die gemeinsame Entwicklung und Sicherung demokratischer Grundwerte, die Stärkung der Verantwortung jedes Einzelnen vor Ort und die Abwehr und Verhinderung von rechtsextremen und rassistischen Entwicklungen und Übergriffen.

Das Mobile Beratungsteam arbeitet bereits seit September 1998 im Rahmen des Handlungskonzeptes »Tolerantes Brandenburg - für eine starke und lebendige Demokratie« der Landesregierung in Brandenburger Kommunen. Anfänge dieser Arbeit reichen bis in die frühen neunziger Jahre.

Dazu stehen regionale MBTs mit jeweils zwei Mitarbeiter/innen zur Verfügung:

- Angermünde: Barnim und Uckermark
- Cottbus: Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neisse und Cottbus
- Frankfurt (Oder): Märkisch-Oderland, Landkreis Oder-Spree, Frankfurt (Oder)
- Neuruppin: Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel
- Potsdam: Potsdam-Mittelmark, Havelland, Brandenburg/Havel und Potsdam

- Trebbin: Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald

Die Geschäftsstelle in Potsdam leitet die kollegiale Beratung des Teams, koordiniert unterschiedliche Anforderungen und nimmt die Außenvertretung des MBTs wahr.

Auf den Punkt gebracht heißt die Arbeit des MBTs: Hilfe zur Selbsthilfe für eine demokratische Kultur im Land Brandenburg - gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Der Ansatz des Mobilen Beratungsteams Brandenburg

- Klientenbezogene Beratung
- Demokratisierung der Demokratie
- Kommunalen Ansatz
- Systemisches Beratungsmodell
 - Beratung als prinzipiell offener Prozess
 - Komplexität der Verhältnisse
 - Kommunale Reaktions- und Entscheidungsmuster und Autonomie
 - Verschiedene Verfahren
 - Keine Reparatur, sondern Veränderung

Nähere Informationen zu diesem Ansatz gibt das Buch Einblicke III (Angaben siehe unten).

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus bundesweit

Das MBT Brandenburg ist Teil des landeseigenen Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“ und wird gefördert im Rahmen des Bundesprogramms "kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus" sowie vom Land Brandenburg im Rahmen des Programms Tolerantes Brandenburg. Vergleichbare Ansätze existieren in den anderen Bundesländern, zum Teil schon aus Zeiten des „Civitas“-Programms der Bundesregierung (ab ca. 2002). Im Rahmen des noch laufenden Programms „Kompetent. Für Demokratie“ sind in allen Bundesländern Beratungsnetzwerke entstanden, die jeweils unterschiedlich konzipiert sein können und in dessen Rahmen auch mobile Beratung gegen Rechtsextremismus stattfindet. Siehe dazu: www.kompetent-fuer-demokratie.de.

Robin Kendon ist Mitarbeiter beim Mobilen Beratungsteam Frankfurt/Oder im Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung.

Literatur:

Wilking, Dirk, und Michael Kohlstruck (Hg.): Einblicke III. ein Werkstattbuch, Potsdam 2010. ISBN 978-3-00-029433-4. Das Buch kann über die Website von demos bestellt werden und ist auch als pdf-Datei erhältlich.

Soziales Verteidigen in der Krise des Neoliberalismus

Bernhard Nolz

Vom Ende der marktwirtschaftlichen Demokratie

Der kürzlich verstorbene Chef des Bertelsmann-Konzerns, Reinhard Mohn, beauftragte noch zu Lebzeiten seine Stiftung und die ihr angegliederten Organisationen und Institute, die Idee der marktwirtschaftlichen Demokratie propagandistisch zu verbreiten. Jetzt ist der Propaganda-Riese Bertelsmann ins Schlingern geraten, weil die negativen Folgen des Marktradikalismus und des Privatisierungswahns zu Tage treten: Verschuldung und Verarmung von Menschen und Kommunen.

Mit der Finanz-, Wirtschafts- und Staatskrise in den westlichen Industriestaaten am Ende des 1. Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist die Strahlkraft der Idee von der marktwirtschaftlichen Demokratie schlagartig verfliegen, wenn auch die Machteliten krampfhaft an ihr festhalten und ihr Heil in weiterer Spekulation und reger Kriegsbeteiligung suchen.

Ökonomische Macht und kriegerische Gewalt können aber nicht darüber hinweg täuschen, dass das Hauptanliegen der marktwirtschaftlichen Demokratie, die Privatisierung aller Lebensbereiche und ihre Unterwerfung unter marktwirtschaftliche Regelungen, ins Stocken geraten ist. Dem von der Bertelsmann-Stiftung sowie von CDU/CSU, FDP, GRÜNEN und SPD favorisierten neoliberalen Ordnungskonzept zum totalitären Umbau des demokratischen Staatssystems wird Widerstand entgegen gesetzt, der sich von unten aufbaut und von Teilen der LINKEN parlamentarisch unterstützt wird.

Unter „totalitär“ wird die in allen Gesellschaftsbereichen zur Geltung kommende neoliberale Tendenz verstanden, die Menschen mit allem, was sie sind, voll zu beanspruchen und ein bürokratisch abgesichertes Herrschaftsregime zu errichten, das planmäßig die bisher geltenden und den Staat beschränkenden sittlichen Prinzipien entwertet (z.B. Verbot von Folter, Verbot von Zwangsarbeit, Unschuldsvermutung, Zusammenarbeit von Polizei, Geheimdiensten und Bundeswehr).

Der Widerstand gegen den Neoliberalismus, den neoliberale Politiker mit Hilfe der Medien durch Verleumdungskampagnen gegen Arbeitslose zu brechen versuchen, entzündet sich z.B. an den Hartz IV-Bestimmungen. Sie entziehen den Menschen die freie Selbstbestimmung über ihr Grundrecht auf Arbeit, auf Lebensgemeinschaft, auf Wohnung und freien Aufenthalt zugunsten eines Zwangs-, Kontroll- und Sanktionssystems, in dem der Arbeitszwang der totalitärste Zwang ist, weil er faschistischer Praxis entlehnt ist. („Arbeit macht frei“)

Das Menschenrecht auf Bildung wird durch das selektierende Schulsystem ausgehebelt. In Nordrhein-Westfalen (CDU/FDP) beispielsweise werden die Schülerinnen und Schüler nach der Grundschule zwangsweise einer weiterführenden Schule zugeführt, ohne dass Eltern und Kinder eine freie Wahl hätten. Durch Studiengebühren und verschulte Studiengänge werden die Universitäten totalitär verformt und marktwirtschaftlich zu Grunde gerichtet.

Wirtschaftslehre soll an den Schulen von den Vertretern der Wirtschaft unterrichtet werden, die sich gerade total verspekuliert und im Wettbewerb ruiniert haben. Denen, die für Lohndumping, Leiharbeit, Gewerkschaftsfeindlichkeit, Spekulationsgeschäfte und erbarmungslose Konkurrenz stehen, soll die Jugend anvertraut werden?

Der Bundeswehr soll durch gesonderte Vereinbarungen Zugang zur Jugend für Werbung und Indoktrination, für Gewalt- und Kriegspropaganda geschaffen werden. Sollen etwa diejenigen, die zum Töten bereit sind, auf die Schuljugend losgelassen werden?

Zur Verteidigung des Sozialen

Der Niedergang der Ideologie von der marktwirtschaftlichen Demokratie schafft neue Bewegungsfreiheit für die Verteidigung des Sozialen. Damit ist nicht nur die Verteidigung der Reste des Sozialstaats gemeint, auch wenn es sich so anhören mag. Vielmehr wird es darum gehen, neue kooperative Lebens- und Arbeitsformen zu „erfinden“, eine neue sozialistische Marktwirtschaft zu etablieren helfen und der solidarischen, kooperativen Ökonomie eine verbreiterte Basis zu schaffen. Grundlagen sind basisdemokratisch konsensuale Regelungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens sowie der Gewaltverzicht, d.h. die Übereinkunft, Konflikte gewaltfrei lösen zu wollen.

Die Realisierung des Prinzips der Gewaltfreiheit hat auch Folgen für das Gewaltmonopol des Staates. Ohne es grundsätzlich in Frage stellen zu wollen, muss aber im Sinne einer sozialen und demokratischen Neuorientierung das Delikt „Widerstand gegen die Staatsgewalt“, das seit einiger Zeit „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ genannt wird, fallen. Zu viele ungesühnte Missbrauchsfälle der Polizei als Staatsgewalt wurden vollstreckt und von den Gerichten sanktioniert.

Zur Transformation des Kapitalismus in revolutionären Schritten der Gewaltfreiheit und der Solidarität müssen Möglichkeiten zum Intervenieren herausgefunden werden, um Veränderungen einzuleiten zu können. Gemeint sind damit so genannte Bruchstellen im gesellschaftlichen Alltag, die sich für die Einführung neuer Regelungen eignen.

Im Produktions- und Dienstleistungsbereich werden die Beschäftigten selbst am besten Ansatzpunkte für Arbeitszeitverkürzungen benennen bzw. nutzen können, ohne dass durch deren Verwirklichung neue persönliche Zwänge (z.B. Arbeitsverdichtung, Einkommensverlust) entstehen. Gleiches gilt für die Überführung von privatem Kapital und Produktionsmitteln in Gemeinschafts- oder Genossenschaftseigentum oder für Eingriffe der Beteiligten in bestehende bildungs- oder kulturpolitische Verhältnisse mit dem Ziel basisdemokratischer oder arbeitnehmerorientierter Selbstbestimmung.

Aus meiner Sicht wird der Bereich Bildung – Kultur - Soziales in diesem Jahrzehnt zum tragenden Element des gesellschaftlichen Reichtums werden. Während die alten und neuen imperialen Mächte und Eliten die (finanziellen) Kräfte in verlorenen Kriegen um ausgehende Ressourcen oder in irrationalen Herrschaftsfantasien verausgaben werden, können die Völker sich weiter entwickeln, indem sie Kraft, Zeit und Raum für demokratische und friedliche Strukturveränderungen in den Bereichen von Bildung, Kultur und Soziales finden.

In der deutschen Bevölkerung beispielsweise, die aus der faschistischen Diktatur mehrheitlich den Frieden gelernt hat, hat es immer eine hohe Bildungsbereitschaft gegeben, die derzeit von der neoliberalen Politik systematisch zugrunde gerichtet wird, indem sie die Selektion auf die Spitze getrieben und die individuellen Qualifizierungen im Hartz IV-Gesetz total entwertet hat.

Dennoch bestehen gute Chancen, das gemeinschaftliche Bildungsvermögen kenntlich zu machen, um es aus der Herrschaft von Ökonomie und Staat befreien und im gesellschaftlichen Entwicklungsprozess einsetzen zu können. Damit wären gute Voraussetzungen für eine neue selbstbestimmte gemeinschaftliche Lernkultur geschaffen. Ein solches Programm kann bezahlt werden aus reduzierten Wehr- und Kriegsausgaben sowie aus einer „Reichensteuer“. Zugleich könnte damit der derzeitige kapitalistische Weg, der autoritär nach innen und militärisch aggressiv nach außen wirkt, gestoppt werden.

Karl Marx hält jede Gesellschaft für fähig, sich selbst zu kritisieren. Dieses Erkenntnis ist wichtig zur Überwindung des herrschenden Eindrucks, dass die Entwicklungen irreversibel bzw. alternativlos seien. Dann wird von Schicksalsverfallenheit gesprochen, um den Eindruck zu unterstützen, dass die herrschenden Zustände unüberwindbar bzw. unveränderbar seien.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist sich im Klaren darüber - wenn auch die Medien das Gegenteil zu verbreiten suchen - dass die (Macht-) Verhältnisse so gestaltet sind, dass durch Wahlen die gesellschaftliche Emanzipation nicht voran gebracht werden kann. Deshalb muss nach anderen Mitteln und Wegen gesucht werden, um politisch eingreifen zu können. Dabei kann das Konzept der Sozialen Verteidigung Orientierung geben. Verteidigt und neu ausgestaltet werden sollen die sozialen und demokratischen Errungenschaften des 19./20. Jahrhunderts, die dazu beigetragen haben und beitragen, direkte, strukturelle und kulturelle Gewalt abzubauen und zivile Konfliktbearbeitung und gewaltfreie Kommunikation zu etablieren.

Dagegen stehen die Profiteure der an Ausbeutung orientierten Umgestaltung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse, deren Einfluss auf die Politikerklasse derzeit bestimmend ist. Zusammen haben sie dafür gesorgt, dass die Durchsetzungsgeschichte des Neoliberalismus ein Prozess der Unterwerfung der Lohnabhängigen geworden ist, den die deutschen Gewerkschaften nicht verhindern konnten oder wollten. Das gewerkschaftliche Versagen hat Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer total verunsichert. Für die Bewältigung der Ängste vor einem Arbeitsplatzverlust und vor dem sozialen Abstieg gab es nun keine gewerkschaftliche Hilfestellung mehr. Die ArbeitnehmerInnenschaft sah sich einer doppelten Fremdbestimmung durch Arbeitgeber und Gewerkschaften gegenüber, der sie nichts mehr entgegen zu setzen hatten. So kam es zu Zugeständnissen, die nicht von heute auf morgen zurück zu holen sein werden.

Alternativen zum Kapitalismus

Daraus folgt, dass in die Funktionsmechanismen der kapitalistischen Wirtschaft und Politik eingegriffen werden muss. Wenn die Entscheidungen in der Wirtschaft demokratisiert und die Politik basisdemokratisch erweitert werden, können die Logik und die Macht des Kapitals aufgehoben werden.

Die menschliche Alternative zum Kapitalismus lautet: Kooperation in Gesellschaft und Wirtschaft statt Konkurrenz; Solidarität unter den Völkern statt Wettbewerb und Kampf.

Zur Durchsetzung von Alternativen zum Kapitalismus kann auf die Bereitschaft von drei Bevölkerungsgruppen gesetzt werden:

- Menschen, die der Kapitalismus in Existenznot gebracht hat,
- Menschen, die aus ethischen Gründen den Kampf aller gegen alle ablehnen,
- Menschen, die den Kapitalismus bejahen, aber die rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur ablehnen.

Sie sind Befürworter eines Friedens mit friedlichen Mitteln, den der norwegische Friedensforscher Johan Galtung als Revolution bezeichnet:

„Frieden ist eine revolutionäre Idee; dass der Frieden mit friedlichen Mitteln erreicht werden soll, definiert diese Revolution als gewaltfrei. Sie findet immer statt; unsere Aufgabe ist es, ihren Umfang und ihr Gebiet zu vergrößern. Die Aufgaben sind unermesslich; die Frage ist, ob wir ihnen gewachsen sind.“

Im Zusammenhang von Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet „Revolution“, dass die staatliche (Kommando-) Gewalt übergehen muss in eine solidarische gesellschaftliche Verfassung auf allen Ebenen und in allen Sektoren. „Revolution“ heißt die gewaltfreie Übernahme der Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft durch das Volk, durch die gesellschaftlichen Gruppen.

Alle Lebensbereiche müssen demokratisch gestaltet werden und alle Teile der Bevölkerung müssen gleichberechtigt mitmachen können. Eigentum muss vergesellschaftet werden. Die Menschen selbst haben zu entscheiden, was sie brauchen, was sie produzieren, leisten und verteilen. Entscheidend ist, dass Produktion, Leistung und Verteilung nicht nach Angebot und Nachfrage geregelt werden, sondern nach gesellschaftlichen Setzungen geschehen sollen.

Zur Verwirklichung dieser Vision ist es notwendig, die Möglichkeiten, die in den heutigen gesellschaftlichen Wirklichkeiten stecken, zu analysieren. Aus dem Nein zum Kapitalismus entwickelt sich die Aufgabe, alle Strukturen abzubauen, die das Neue verhindern. Positiv zu handeln heißt, alle Elemente und Strukturen, die in die „ideale“ Richtung weisen, zu unterstützen bzw. aufzubauen.

Ansatzpunkte für die Transformation zu einer solidarischen Gesellschaft

In der solidarischen Gesellschaft gilt: Wir produzieren das, was nützlich ist für die Menschen, für die Umwelt, für die Nachbarn, und wir produzieren dies mit einer Arbeitsorganisation und Arbeitsmenge, die der Würde, der Selbstbestimmung und der Arbeitskraft der Beschäftigten Rechnung trägt.

Die solidarische Gesellschaft kann ohne Eingriffe in die bestehenden Machtmechanismen nicht verwirklicht werden.

Ansatzpunkte

- Gewerkschaften beanspruchen das politische Mandat mit dem Recht und der Praxis des politischen Streiks, z.B. für Frieden, Umwelt und Gerechtigkeit.
- Umfassende Mitbestimmungsrechte für die Belegschaften werden garantiert.
- Volksentscheide als politisches Instrument sozialer Bewegungen und der Bevölkerung auf allen Ebenen.
- Gewerkschaften und soziale Bewegungen zusammen, auch Kirchen
- Das Recht auf Widerstand wird als Soziale Verteidigung trainiert und praktiziert.
- Wirtschaftsräte auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene
- Vergesellschaftung der öffentlichen Verkehrs- und Transportmittel, des Energiekomplexes und der Geldwirtschaft
- Erziehung, Gesundheit, Ausbildung, Wissenschaft, Sozialdienste und Pflege in öffentliche Hand mit gesellschaftlicher Kontrolle
- Ökologische Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft
- Solidarische Sozialversicherung und Grundeinkommen

Genossenschaften als Muster für eine neue Gesellschaft

„Eine Genossenschaft ist eine autonome Vereinigung von Personen, die sich freiwillig vereinigt haben, um ihre gemeinsamen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse und Ziele durch ein demokratisch kontrolliertes Unternehmen in gemeinschaftlichem Eigentum zu befriedigen.“

Genossenschaften können fit machen gegen die Macht der Monopole. Die kapitalistischen Strukturen können sie nicht ändern. Sie schaffen aber Räume der materiellen Sicherheit und der solidarischen Praxis, und insofern sind sie Muster für eine neue Gesellschaft.

Gemeinschaftsgüter in gemeinsamer Nutzung und Verwendung

Die Ausweitung der Allgemeingüter stellt eine politische Strategie dar, durch die das kapitalistische Eigentum zurückgedrängt und dessen Räume verkleinert werden. Zu lange wurden soziale öffentliche Güter privatisiert (Lat. *privare* = berauben), d.h. nur denen zur Verfügung gestellt, die sie bezahlen können.

Es geht um Re-Kommunalisierung, die Wiederaneignung öffentlicher Dienste und Güter, die Zugänglichkeit zu den grundlegenden Versorgungsleistungen und um Volksbegehren mit dem Ziel der Erweiterung des öffentlichen Raumes, der Selbstorganisation der kommunalen Aufgaben, z.B. durch „Bürgerhaushalte“ oder durch Wirtschaftsdemokratie bei kommunalen Wirtschaftsbetrieben.

	Kapitalismus	Gemeingüter-Gesellschaft
Logiken		
- Entscheidungsprozesse	hierarchisch	horizontal
- Entscheidungsfindung	Urteil, Anordnung	Diskurs, Partizipation
- Durchsetzungsmittel	Kontrolle, Urheber-Diktate	Offenheit, offene Standards
- Anreize	Profit, Akkumulation	Kreativität, Innovation
Ergebnisse		
- auf Ebene der Ressourcen	Erosion, Einhegung	Reproduktion, faires Teilen
- auf Ebene der Akteure	Abhängigkeit, Ungleichheit	Intersubjektivität, Autonomie
- auf Ebene der Regeln	Macht, Geld, Gesetz, Gewalt	Freie Vereinbarungen
Dominierende Strategie	Konkurrieren	Kooperieren

Aus: Conrad Schuhler: Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung. Zu einer solidarischen Gesellschaft jenseits des Kapitalismus, isw-report Nr. 79/2010

Handlungsperspektiven für Soziales Verteidigen

Auf der Suche nach Themen und Projekten zur Verteidigung des Sozialen sind uns zehn Möglichkeiten eingefallen, wie Menschen handlungsaktiv werden können. Für die Umsetzung der Themen in Handlungsoptionen haben wir uns an der Methode der Zukunftswerkstatt orientiert.

Die Zukunftswerkstatt für Soziales Verteidigen umfasst drei Arbeitsschritte:

- 1) Analysephase: Was ist Sache?
- 2) Fantasiephase: Alles ist möglich!
- 3) Realisierungsphase: Womit fangen wir an?

Wir schlagen vor, mit der Methode der Zukunftswerkstatt die folgenden Themen zu bearbeiten:

1) Weg mit dem Börsenspiel!

Wie sehen Spiele aus, die gesellschaftlich sinnvolles Denken und Handeln fördern?

2) Wie werden wir schultauglich?

Kriterien für Betriebe und Organisationen, die mit einer Schule kooperieren wollen.

3) Neue Gewerkschaften braucht das Land!

Sozialgenossenschaften als Kernzelle der neuen Gewerkschaftsbewegung?

4) Netzwerkarbeit als Regionalwirt/in

Neue Impulse für die Region durch Netzwerkarbeit der Regionalwirte/Regionalwirtinnen.

5) Friedensfachkraft ZKB Sozial

Arbeitsfelder der Zivilen Konfliktbearbeitung zur Verteidigung des Sozialen?

6) Arbeitsplatz Gemeinnützigkeit

Steuergelder für Dauerarbeitsplätze in gemeinnützigen Vereinen, Gesellschaften, Stiftungen und Organisationen.

7) Wälder als Bildungs-, Gesundheits- und Freizeit-Allmende

Die Wälder gehören wieder der Öffentlichkeit und allen möglichen Waldbenutzer/innen.

8) Politische Bildung der Straße

Kulturelle Projekte „erobern“ den öffentlichen Raum.

9) Von anderen lernen

ExpertInnen des Sozialen aus aller Welt stellen ihre Kompetenzen zur Verfügung.

10) Jugend sozial

Wie die Jugend die Alten ins Boot der sozialen Verantwortung holt.

Bernhard Nolz ist Vorsitzender des Bundes für Soziale Verteidigung (BSV), Koordinator der BSV-AG Soziales Verteidigen, Geschäftsführer des Zentrums für Friedenskultur (ZFK) Siegen und Sprecher der Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF).

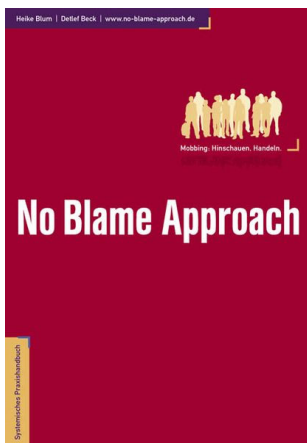
Literatur zum Thema beim Bund für Soziale Verteidigung:



Arajärvi, Outi/Kunter, Björn (Hrsg.):

Konfliktbearbeitung in der Nachbarschaft. Sieben Praxisbeispiele für ein friedliches Miteinander aus Deutschland, der Slowakei, den Niederlanden und Frankreich

Arbeitshilfe Nr. 39, Verlag Stiftung MITARBEIT in Kooperation mit Bund für Soziale Verteidigung, Bonn 2008, 84 S., 8,- €, ISBN 978-3-928053-98-3



Heike Blum, Detlef Beck:

Praxishandbuch, No Blame Approach, Mobbing: Hinschauen, Handeln.

Auf 224 Seiten finden sich Theorie und Praxis des No Blame Approach, 2010 fairaend, Köln, 224 S., 19,90 Euro, ISBN 978-3-000277-55-9

Diese und weitere Materialien können bestellt werden über die BSV-Webseite unter www.soziale-verteidigung.de/material/ oder in der BSV-Geschäftsstelle unter 0571/29456.

Impressum:

Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Schwarzer Weg 8
32423 Minden, Germany
Tel.: +49 571 29456
Fax: +49 571 23019
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Redaktionelle Mitarbeit:

Judith Conrads
Björn Kunter

ISSN: 1439-2011

Oktober 2010